

Leitideen der JU

1. Einheitliches Schüler- und Studententicket über alle Verkehrsverbände hinweg

Mobilität ist gerade für junge Menschen wichtig – ob in Ausbildung, Studium oder Beruf. Es ist Aufgabe der Politik, Mobilität attraktiv zu gestalten. Dazu dient ein gut ausgebautes Netz der öffentlichen Personennahverkehrssysteme, aber eben auch eine übergreifende Zusammenarbeit der Verkehrsverbände. Der Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz liegt heute oftmals nicht mehr vor der Haustüre, sondern in einiger Entfernung. Fahrscheine, die nur bis zur willkürlich festgesetzten Grenze des jeweiligen Verkehrsverbands gelten, behindern attraktive Mobilität. Hier ist – neben der Koordination durch den Landesgesetzgeber – insbesondere der Main-Tauber-Kreis gefragt, sich nicht nur um den Verkehr innerhalb des Kreises oder der Region zu kümmern, sondern auch die Anbindung an alle Nachbarkreise attraktiv zu gestalten. Ziel sollte eine landesweite Koordinierung der Verbände oder sogar einheitlicher landesweiter Verkehrsverbund sein. Darüber hinaus wären auch Kooperationen mit Bayern erstrebenswert.

2. Flächendeckender Breitband-Ausbau / Lückenschließung beim Mobilfunkempfang

Die virtuelle Welt gehört heute zu unserem alltäglichen Leben. Ob privat oder beruflich nutzen wir regelmäßig das Internet, um uns zu informieren oder gesellschaftlich oder geschäftlich zu partizipieren. Eine zuverlässige Versorgung aller Wertheimer Haushalte mit leistungstarker Breitbandversorgung ist zentrale Ausgabe einer zukunftsorientierten Infrastrukturpolitik. Dasselbe gilt für den Mobilfunkempfang. Hier kommt noch hinzu, dass auch eine effektive medizinische Notfallversorgung beispielsweise bei einem Verkehrsunfall nur mittels Mobilfunk möglich ist.

3. WLAN-Angebot in der Wertheimer Innenstadt

Es sollte Ziel sein, eine zuverlässige und schnelle Netzverbindung in der Wertheimer Innenstadt, öffentlichen Einrichtungen, Gastronomie und Bussen und Bahnen im ganzen Land einzuführen. Dies hätte Vorbildcharakter. Im internationalen Vergleich zu Asien oder Skandinavien ist die Versorgung mit WLAN-Netzen in den deutschen Städten weit zurückgeblieben. Die Stadt Wertheim sollte für ein attraktives und zuverlässig schnelles Angebot in der Innenstadt sorgen, um eine attraktive Versorgung für Besucher, Kunden und Touristen sicher zu stellen. Dabei sollten möglichst Einzelhandel, Gastronomie und öffentliche Einrichtungen in das Konzept eines gemeinsamen WLAN-Netzes mit einbezogen werden. Daneben fordern wir einen schnelleren Ausbau des mobilen Internets durch die Provider.

4. Schuldenbremse für Kommunen

Viele Kommunen im Land haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Die Städte und Gemeinden sind mit den ihnen gesetzlich zugewiesenen Ausgaben überlastet. Die stetig steigenden Ausgaben müssen mit einer generationengerechten Finanzpolitik in Einklang gebracht werden. Es darf heute in der Politik nichts mehr auf Pump und damit zu Lasten der jungen Generation finanziert werden. Wir setzen daher auf Nettoneuverschuldungsverbote in den kommunalen Haushaltsordnungen und die Einsicht unserer kommunalen Mandatsträger. Die interkommunale Zusammenarbeit ist dabei zu stärken.

5. Demokratische Stimme der Jugend

In Wertheim kann die Einrichtungen von mehr Jugendbeteiligung eine sinnvolle Möglichkeit sein, junge Menschen mitreden und mitentscheiden zu lassen. Wertheim sollte gehalten sein, sich für ein Modell von Jugendbeteiligung zu entscheiden und dieses transparent machen. Wichtig ist eine kontinuierliche konkrete Beteiligungsmöglichkeit Jugendlicher.

6. Schulstarter-Sets für Erstklässler

Für viele Eltern stellt die Einschulung ihrer Erstklässler/-innen eine große finanzielle Belastung dar. Hilfe bieten kann ein Gutschein für den Schulstarterset, der unter anderem Ranzen, Hefte und Stifte beinhaltet. Hier könnte – unterstützt durch lokale Einzelhändler und anderer Sponsoren – für eine „Grundausstattung“ aller Kinder zum Schulanfang gesorgt werden.

7. Stadt- und Ortsentwicklung

Wertheim steht immer stärker im Wettbewerb zu anderen Kommunen. Deswegen begrüßt die JU das jüngst beschlossene Maßnahmenpaket für eine zukunftsweisende Stadtentwicklungspolitik. Durch Innenentwicklung und Neubaugebiete müssen zeitgemäße und nachgefragte Wohnformen entwickelt werden. Darüber hinaus muss auf ein zeitgemäßes Kultur-, Freizeit und Sportangebot als wichtige Standortfaktoren geachtet werden. Die Belange der Vereine und des Ehrenamtes ist hierbei zu berücksichtigen. Am bisherigen Krankenhausareal sollte über ein hochwertiges Wohngebiet nachgedacht werden. Die Nähe zu Schulen und Hallenbad sowie die Lage werten dieses potenzielle Wohngebiet weiter auf und machen dieses besonders attraktiv. Eine akzeptable Lösung für die marode Sporthalle/Schwimmhalle des Gymnasiums muss aus Sicht der JU schnellstmöglich angegangen werden.

8. Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses im Gemeinderat

Ein Wirtschaftsausschuss ist in Wertheim noch nicht üblich. Dies sorgt dafür, dass Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung in erster Linie als Sache der Verwaltung gesehen werden, während die Gemeinderäte in diesem zentralen Politikfeld oft wenig eigene Kompetenz aufbauen. Ein eigener Ausschuss wäre ein effektives Mittel um Ratsmitgliedern zu ermöglichen, sich intensiv mit Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen mittels Firmenbesuchen und Themensitzungen (z. B. zu Existenzgründung, Start-Ups, Elektromobilität oder Fachkräftemangel). Aufgabe des Ausschusses soll zudem sein, den Standort Wertheim noch attraktiver für Ansiedlungen zu machen. Arbeitsplätze müssen gehalten und geschaffen werden.

9. Bildung und Betreuung

Wertheim ist ein starker Bildungsstandort für die ganze Region. Die wichtigste Erziehungsinstanz bleibt aber das Elternhaus. Ein Versagen dort kann in der Schule nicht ausgeglichen werden. Zudem ist festgehalten, dass die Erziehung im Kleinkindesalter die Basis für die restliche Schullaufbahn bildet. Die Junge Union setzt sich weiter für den bedarf gerechten Ausbau von Krippenplätzen und Ganztagsbetreuungen ein. Dies hat pädagogische Gründe und ist eine Antwort auf den gesellschaftlichen Umbruch. Die grün-rote Landesregierung hat viel Unruhe in die Wertheimer Schullandschaft gesorgt. Durch eine ideologiefreie und auf das Schülerwohl ausgerichtete kommunale Schulpolitik muss wieder Ruhe in die Wertheimer Schullandschaft gebracht werden. Wichtig ist hier, dass alle Schularten gleichmäßig gefördert werden. Auch die Werkrealschule Urphar-Lindelbach muss als einzig weiterführende Schule in Wertheim-Ost mit allen Kräften unterstützt und erhalten werden – auch hinsichtlich der hervorragenden pädagogischen Arbeit der Schule.